



Liebe Leserinnen und Leser,

die SPD hat auf dem Dresdner Parteitag bewiesen, dass das sozialdemokratische Herz schlägt. In einer offenen, fairen und leidenschaftlichen Diskussion hat die Partei die Verständigung darüber begonnen, was in 11 Jahren Regierungszeit gelungen ist und was anders werden muss. Von Dresden geht ein gutes Signal aus. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird sich der Gesellschaft neu öffnen. Sigmar Gabriel hat in einer fulminanten Rede klar gemacht: Der SPD geht es um neue Mehrheitsfähigkeit durch Schärfung des eigenen Profils. Das starke und überzeugende Votum für den neuen Parteivorsitzenden zeigt, dass Sigmar Gabriel das Vertrauen der Partei hat.

Jetzt gilt es, gemeinsam an die Arbeit zu gehen. Die Beschlüsse von Dresden gehen ein in die parlamentarische Arbeit. Die Sozialdemokratie ist neu aufgestellt und sie ist bereit für eine kämpferische Opposition – im Parlament, aber auch im Bündnis mit gesellschaftlichen Gruppen, die eine Entsolidarisierung durch Schwarz-Gelb nicht hinnehmen wollen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen wie immer Ihr

Schwarz-Gelbe Regierungserklärung

Lange war die Kanzlerin dem Parlament ihre Regierungserklärung schuldig geblieben. Die Erklärung brachte aber schließlich keinerlei Aufschluss darüber, wohin die Reise mit Union und FDP wirklich gehen soll.

Frank-Walter Steinmeier warf Merkel vor, die Menschen bewusst darüber im Unklaren zu lassen, was ihnen aufgebürdet wird. „Vernebeln als Strategie hat in dieser Koalition und dieser Koalitionsvereinbarung Methode“, stellte der SPD-Fraktionsvorsitzende fest. Die Finanz- und Arbeitsmarktpolitik der schwarz-gelbe Koalition gefährde den sozialen Zusammenhalt. Mit der Rückkehr zur alten Atompolitik treibe das Land in den damaligen gesellschaftlichen Großkonflikt zurück. Die Kanzlerin baue keine Brücken, sie hebe Gräben aus.

Schwarz-Gelb verhindert Zukunft durch Klientelpolitik

Die Koalition wolle Deutschland stärken und den Zusammenhalt des Landes festigen, behauptete Merkel. Wachstum nannte sie als Weg dorthin. Dazu beginne die Regierung mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz. „Allein für diese Maßnahmen muss der Bund bis 2013 rund 3,9 Milliarden Euro mehr an Zinsen zahlen“, kritisierte Steinmeier. Dieses Geld fehle für Forschung und Investitionen. So entstünde kein Wachstum, so verhindere man es und mache die Zukunft kaputt. Schwarz-Gelb mache keine Konjunktur-, sondern Klientelpolitik. Millionen von Menschen bangten um ihre Zukunft und Merkel und ihre Koalition verteilten Geschenke an Steuerberater, Erben, Ärzte und Hotelketten.

Ökonomische Geisterfahre durch Steuererbschenke auf Pump

Nun wird verständlich, was Merkel gemeint hat, als sie sagte, dass die Union mit der FDP nun all das machen könne, was mit der SPD nicht möglich gewesen sei: Zusätzliche Schulden in Rekordhöhe für Steuersenkungen, die nicht zu finanzieren sind. Damit das nicht auffällt, wollte Schwarz-Gelb die Schulden in einem riesigen Schattenhaushalt verschwinden lassen. Auf öffentlichen Druck hin ist man scheinbar zurückgerudert, doch im Kleingedruckten des Vertrages wird von einem Sondervermögen für generationengerechte Finanzen fabuliert. Die SPD wird dafür kämpfen, dass die Operation des „Täuschens, Tricksens und Vernebelns“ scheitert. Steuersenkungen finanzieren sich nicht selbst. Das hat noch nie funktioniert, nicht bei Ronald Reagan und nicht bei Theo Waigel. Schon im nächsten Sommer wird sich zeigen, dass diese Schuldenpolitik tiefe Löcher in den Haushalt des Bundes und die Haushalte der Länder und Kommunen reißt.

Spaltung zwischen Kindern mit und ohne Chancen

Union und FDP erhöhen das Kindergeld und Kinderfreibetrag. Als Folge bekommt die Verkäuferin 240 Euro im Jahr mehr und Besserverdienende mit 443 Euro fast das Doppelte. Das treibt die Schere zwischen armen und reichen Familien weiter auseinander. Dabei muss



der Grundsatz doch heißen: Jedes Kind ist uns gleich viel wert.

Anreize zu geben, dass Kinder zu Hause bleiben anstatt mit anderen zu lernen, ist angesichts der Probleme in deutschen Großstädten zynisch. Steinmeier forderte Familienministerin von der Leyen auf, die das Betreuungsgeld als bildungspolitische Katastrophe bekämpft hatte: "Wenden Sie diese Katastrophe ab!" Dabei sicherte er ihr die Unterstützung der SPD-Fraktion zu.

Kinder aus Zuwandererfamilien und bildungsfernen Schichten brauchen konkrete Hilfe, Sprachtrainer, Förderlehrer und Sozialarbeiter. Deshalb, weg mit den Gebühren von der Kita bis zur Universität.

Spaltung in der Gesundheitspolitik

Die soziale Spaltung durch den Koalitionsvertrag wird nirgends so deutlich wie in der Gesundheitspolitik. Die Amerikaner schauen mit Anerkennung auf das deutsche Gesundheitssystem. Hier hat nach wie vor jeder Zugang zu medizinischen Leistungen, Menschen stehen in diesem System füreinander ein und tragen die Kosten solidarisch. Schwarz-Gelb kippt dieses Prinzip, indem die Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung eingefroren werden. Damit verlagert Schwarz-Gelb die Risiken für die weitere Zukunft einseitig auf die Versicherten. Das betrifft die gerade von Union und FDP beschlossenen Erhöhungen der Arzthonorare und steigende Arzneimittelpreise. Das ist der Ausstieg aus der Solidarität.



Spaltung zwischen starken und schwachen Regionen

Hinter dem Vernebelungswort Regionalisierung geht es neben regionalen Hebesätzen bei der Erbschaftssteuer an den Finanzausgleich zwischen armen und reichen Krankenkassen. Das mag gut für Bayern sein, aber es ist schlecht für den Osten und andere strukturschwache Regionen. Die Folgen dort sind irrsinnig hohe Beiträge oder weniger Leistungen und weniger Ärzte. Die Schwarz-Gelbe Regierung ruiniert so, was Deutschland in sechs Jahrzehnten Nachkriegsgeschichte stark gemacht habe: den sozialen Zusammenhalt und

die Demokratie. Die Gleichwertigkeiten der Lebensverhältnisse sind in den letzten Tagen bei den Feierlichkeiten zur deutschen Einheit immer wieder unterstrichen worden. Es ist feierlich beschworen worden, dass dies ein Gebot der Verfassung ist. Gerade deshalb dürfen wir das nicht aufgeben.

In den Kommunen fehlten schon jetzt infolge der Wirtschaftskrise Steuereinnahmen in Höhe von sechs Milliarden Euro. Durch die Änderungen und Prüfaufträge von Schwarz-Gelb droht den Kommunen, dass ihnen das letzte Hemd genommen würde. Auch der Deutsche Städte- und Städte- und Gemeindebund teilten diese Kritik. Die Menschen werden das bitter zu spüren bekommen, denn die Gemeinden müssen Abgaben und Gebühren erhöhen. Schwarz-Gelb heißt dann am Ende weniger Netto vom Brutto!

Spaltung bei den Löhnen

Das Verheerendste ist, dass das Land in Menschen, die von ihrer Arbeit leben können und in Menschen, die mit Billiglöhnen abgespeist werden, gespalten wird. Das Grundprinzip der Arbeitsgesellschaft ist jedoch, dass derjenige, der den ganzen Tag arbeitet, von seinem Lohn leben können muss. Schwarz-Gelb schreibt jetzt durch das angekündigte Verbot sittenwidriger Löhne, das ohnehin schon gilt, Billiglöhne von vier Euro fest. Es ist entwürdigend, wenn Eltern ihren Kindern sagen müssen: Ich war zwar den ganzen Tag arbeiten, aber am Monatsende muss ich trotzdem aufs Amt. Morgen bedeutet das dann Altersarmut. Mindestlöhne sind die einzig richtige Antwort.

Zur Koalitionsklausur in Meseberg: tiefe Risse, keine Entscheidungen

Die Klausur in Meseberg hat es erneut gezeigt: Die Regierung aus CDU, CSU und FDP hat sich auf alles vorbereitet, nur nicht aufs Regieren. Eine Koalitionsvereinbarung, die Beschlüsse vertagt und Ziele verschleierte, eine Regierungserklärung, die nichts erklärte, und jetzt eine Kabinettklausur, die im Kern nichts entscheidet. Innerhalb der Koalition gibt es offenbar tiefe Risse, bei Fragen der Steuerpolitik genauso wie bei Fragen der Gesundheitspoli-



tik. Das sollte durch Übungen in Harmonie übertüncht werden. Nach zwei Tagen Klausur: außer Spesen nichts gewesen. „Wellness im Weinkeller“, hieß es in den Medien. Das reicht nicht!

Das wichtigste Möbelstück von Meseberg war offenbar die lange Bank. Das Beschluss-Dokument enthält auf 19 Seiten wieder neue Ankündigungen. Strategien und Entwicklungspläne werden in Aussicht gestellt. Die Kanzlerin lädt zu neuen Gipfeltreffen ein. Zur immer drängenderen Frage nach der Zukunft der Jobcenter und der Arbeitsvermittlung in Monaten zunehmender Arbeitslosigkeit heißt die Auskunft: „Der Bundesminister für Arbeit und Soziales wird Eckpunkte vorlegen.“ Und das nach einem verlorenen Jahr, in dem die Unionsfraktion eine neue Rechtsgrundlage systematisch gebremst, blockiert und sabotiert hat. Zum Energiekonzept, das Schwarz-Gelb fehlt, soll es im Sommer 2010 einen Zwischenbericht geben. Der Bundesminister des Inneren bekommt den Auftrag, „einen interministeriellen Ausschuss ‚Demographie‘“ auf Staatssekretärsebene zu gründen. Bis zum Jahr 2012 (!) soll dieser Ausschuss einen „Vorschlag“ für eine Strategie vorlegen. Als ob wir einen Mangel an Demographieberichten hätten.

Keine Klarheit bei Steuern und Finanzen

Zur wichtigsten Frage findet sich kein Wort. Wie sollen die Steuersenkungen auf Pump finanziert werden, die Zukunftsinvestitionen von Bund, Ländern und Kommunen massiv gefährden? Die Minister Schäuble und Brüderle haben der Presse gesagt, es solle ab 2011 Steuersenkungen von 20 Milliarden Euro geben. Auch die aber sind für die Haushalte nicht zu verkraften und gehen zu Lasten von Bildung, Integration, Gesundheit und Infrastruktur. Und der Streit schwelt weiter. Denn der von der FDP geforderte „Stufentarif“ würde, wie das Institut für die Zukunft der Arbeit (IZA) vorrechnet, mindestens 51,8 Milliarden Euro an Ausfällen für die öffentliche Hand bedeuten. Ein soziales und gesellschaftliches Fiasko. Denn das böse Erwachen und die zwingend kommenden Einschnitte werden Kinder, Arbeitslose, Studierende, Rentnerinnen und Rentner treffen.

Unsicherheit bei Gesundheit

Das Bundeskabinett hat in Meseberg keine Aussage gemacht, ob es dabei bleibt, dass die Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Krankversicherung eingefroren werden. Das würde massiv zu Lasten der Versicherten gehen und auch die Rentner treffen, die mit höheren Belastungen rechnen müssen. Denn ein steuerfinanzierter Sozialausgleich, der nach Schätzungen rund 35 Milliarden Euro kosten und 40 Millionen Menschen zu Hilfeempfängern machen würde, ist ein falsches Versprechen. Schon beim Defizit ausgleich für die krisenbedingten Ausfälle der Krankenkassen macht Angela Merkel einen Rückzieher. Die Kassen sollen jetzt im kommenden Jahr 3,9 Milliarden Euro zusätzlich aus Steuermitteln erhalten. Bei einem nach derzeitigen Schätzungen zu erwartenden Gesamtdefizit von ca. 7,5 Milliarden Euro verbleibt eine Lücke von 3,6 Milliarden Euro. Wie dieser Fehlbetrag gedeckt werden soll, bleibt offen. Auch hier ist zu befürchten, dass dafür allein die Versicherten zur Kasse gebeten werden.

Die schwarz-gelbe Regierung hat einen Koalitionsvertrag, aber keinen Plan. Es fehlen der Anspruch und der Ehrgeiz. Es fehlt ein Leitbild, wie Wohlstand und Arbeit im neuen Jahrzehnt entstehen und wie die Lasten aus der Wirtschaftskrise fair verteilt werden können.

Wo die Regierung handlungsunfähig wird, muss die Opposition die besseren Alternativen anbieten. Mit einem eigenen Steuer- und Abgabekonzept werden wir die gerechte Lastenverteilung in den Mittelpunkt rücken und die seriöse Finanzierung von Zukunftsinvestitionen sichern. Mit unserem Konzept eines Bildungsaufbruchs schaffen wir mehr Chancengleichheit und bessere Qualität vom Kindergarten bis zur Universität. Mit unseren Ideen für die solidarische Zukunft der Krankenversicherung sichern und entwickeln wir das hohe Niveau der Gesundheitsversorgung in Deutschland.